

12. September 2019

An die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Integration, Gleichstellung, Senioren, Geflüchtete und Gesundheit" der Bezirksversammlung Altona Frau Katarina Blume

Sehr geehrte Frau Blume

Am kommenden Montag steht die Drucksache 21 - 0197 betreffend den Antrag auf Politikmittel zur Kofinanzierung der "Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt Altona und Rissen/Sülldorf" für neue Förderperiode (2020-2024) und des Bundesprogramms "Demokratie leben !" - Beschlussempfehlung des Amtes auf der Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Integration, Gleichstellung, Senioren, Geflüchtete und Gesundheit" der Bezirksversammlung Altona.

Als Bürger des Stadtteiles Rissen darf ich mir erlauben, mich mit einigen Fragen und Anmerkungen an Sie zu wenden, die ich den Ausschuss bitte, zu erwägen:

1. Der Antrag behauptet, dass *"für ein friedliches, vielfältiges und gleichberechtigtes Zusammenleben u.a. eine proaktive Demokratieförderung und nachhaltige Präventionsarbeit"* gebraucht werde, weil Extremismus verschiedener Art den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährde.

In diesem Zusammenhang soll ein Schwerpunkt in den 'Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt Altona' auf der Umsetzung des Positionspapiers: 'Positionspapier Perspektivwechsel - Integration - soziale Inklusion – Diversität' liegen.

2. Dieses Positionspapier definiert als Ziele:

"1. Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft durch Demokratie- und Toleranzerziehung.

2. Unterstützung der Zivilgesellschaft und Stärkung der Zivilcourage durch Maßnahmen zum interkulturellen Lernen, zur antirassistischen Bildung und des interreligiösen Dialoges sowie der Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen.

3. Stärkung des ehrenamtlichen Engagements durch Angebote zur aktiven Beteiligung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger, unter anderem durch die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen."

3. Das führt zu der Frage: Auf welche Weise wurde wann von wem festgestellt, dass in Rissen/Sülldorf im Unterschied zu etwa den benachbarten Stadtteilen Blankenese oder Iserbrook ein besonderer Bedarf besteht, die Bürger zur Demokratie und Toleranz zu erziehen, um ihnen ein „friedliches, vielfältiges und gleichberechtigtes Zusammenleben“ zu ermöglichen ?

Diese Frage lässt sich weiter in seine Bestandteile zerlegen:

a) Friedliches, vielfältiges, gleichberechtigtes Zusammenleben:

In Rissen leben ca. 15.000, in Sülldorf ca. 11.000 Menschen. Das Zusammenleben dieser Menschen ist derart friedlich, dass zeitweise sogar die Polizeistation geschlossen wurde. In der letzten Rissener Runde vor einigen Tagen hat der zuständige Polizeibeamte ausgeführt, dass es praktisch keine Kriminalität gäbe. Das Bezirksamt wäre also zu fragen, wie es darauf kommt, dass ein besonderer Bedarf besteht, gerade in diesen Stadtteilen auf ein friedliches Zusammenleben der dort lebenden Menschen hinzuwirken.

Ich vermag auch aus eigener Wahrnehmung nicht zu erkennen, dass ein solcher Bedarf bestünde. Die Nachbarschaft war in den über 20 Jahren, in denen wir jetzt dort leben, immer von gegenseitigem Respekt, Achtung und Rücksichtnahme geprägt und absolut friedlich.

Auf welche Weise also hat das Bezirksamt wann mit welchem Ergebnis festgestellt, dass in Rissen/Sülldorf im Unterschied zu etwa den benachbarten Stadtteilen Blankenese oder Iserbrook ein friedliches, vielfältiges und gleichberechtigtes Zusammenleben nicht möglich oder zumindest so gefährdet ist, dass ein staatliches Eingreifen erforderlich ist?

b) *Demokratie- und Toleranzerziehung*

In über 20 Jahren, in denen ich nun schon im Stadtteil lebe, habe ich nicht ein einziges Mal feststellen können, dass es bei irgendeinem Bürger des Stadtteils ein Defizit in Bezug auf das Demokratieverständnis und die gegenseitige Toleranz gab. Ganz im Gegenteil: der gegenseitige Respekt ist auch bei ganz unterschiedlichen Lebensanschauungen, -entwürfen, -phasen und -verhältnissen der Mitbürger sehr groß.

Das einzige etwas irritierende Ereignis war der Umstand, dass die vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppe „Antifa Altona Ost“ vor einigen Monaten reihenweise Laternenmasten usw. mit Stickern mit einschlägigen Parolen bepflanzt hat. Ich habe versucht, über einen Kontakt zur LINKEN mit dieser Gruppe in den vom Bezirksamt so erwünschten „Dialog“ zu kommen, mir wurde aber bedeutet, dass das keinen Sinn habe, weil es sich um wohlstandsverwahrloste Kids aus den vorderen Elbvororten handle, die keinen Bock hätten, sich an so einem „Vatertypen“ wie mir abzuarbeiten. Gut, ich habe darauf hingewiesen, dass ich auch als Großvatertyp herhalten könnte, aber das hat auch nicht geholfen, einen „Dialog“ herbeizuführen. Vielleicht hat ja die Lawaetz-Stiftung Zugang zu dieser Klientel, die jedenfalls ersichtlich nicht aus dem Stadtteil stammt. Jedenfalls wäre das der einzige Ansatz der mir einfiel, wo die Lawaetz-Stiftung im Sinne der Extremismusprävention etwas unternehmen könnte. Dazu müsste die Stiftung dann aber in „Altona Ost“ (oder gleich in Othmarschen?) ansetzen und nicht in diesem etwas verschlafenen, durch und durch friedlichen Vorort Rissen.

Zurück zum Stadtteil: Nehmen Sie die Ergebnisse der letzten Wahl zur Bezirksversammlung. Waren das nicht demokratisch ausgewogene Ergebnisse? Bestätigen diese nicht eigentlich den Befund, dass es um Demokratie und Toleranz im Stadtteil ganz gut bestellt ist?

Das führt zu der Frage: Auf welche Weise also hat das Bezirksamt wann mit welchem Ergebnis festgestellt, dass in Rissen/Sülldorf im Unterschied zu etwa den benachbarten Stadtteilen Blankenese oder Iserbrook ein Defizit in Bezug auf das Demokratieverständnis und die gegenseitige Toleranz gibt?

Im Übrigen ist mir in Bezug auf Demokratie und Toleranz völlig schleierhaft, was die Lawaetz-Stiftung hier im Stadtteil eigentlich will. Mehrfache Nachfragen dazu sind unbeantwortet geblieben. Der Grund dafür ist klar. Es gibt schlicht keinen Bedarf – und zwar gar keinen. Deshalb kann der Antrag des Bezirksamtes getrost zurückgewiesen werden. Es gibt genug soziale Not im Bezirk, für deren Linderung diese Steuermittel sicher besser eingesetzt werden können und sollten, als für Maßnahmen, für die es ersichtlich gar keinen Grund gibt.

Gestatten Sie mir die ergänzende Frage: Wenn man sich einmal zurücklehnt und sich ganz in Ruhe vor Augen führt, mit welcher Prämisse hier das Amt - und zwar völlig anlasslos - den Bürgern der Stadtteile Rissen und Sülldorf – im Unterschied zu den Bürgern anderer Stadtteile – gegenübertritt, nämlich der Prämisse, dass es bei diesen Bürgern ein Defizit oder zumindest eine Gefährdung des Demokratieverständnisses und der Fähigkeit, Toleranz aufzubringen gibt, das dann auch noch so groß ist, dass ein staatliches Eingreifen erforderlich ist, ist das gegenüber diesen Bürgern nicht eigentlich eine ganz unglaubliche Unverschämtheit? Wie kommt das Amt darauf, und was bildet es sich damit eigentlich ein? Müsste nicht vielleicht ganz umgekehrt das Amt erst einmal an sich selbst arbeiten, um ein Toleranzniveau zu erreichen, das es ihm gestattet, die Menschen und ihre Lebensweise und -verhältnisse vor Ort so zu akzeptieren und bestehen zu lassen, wie sie nun einmal sind? Und wie gesagt, wir reden hier von Menschen die friedlich sind, hart arbeiten, durch ihre Leistung diesen Staat tragen und diesem gegenüber einschränkungslos loyal gegenüberstehen. Schon allein aus diesem Grunde müsste dieser Antrag zurückgewiesen werden. Er ist in seinem inhaltlichen Kern ungeheuerlich.

c) *Demokratie- und Toleranzerziehung*

Damit aber nicht genug. Der Anspruch des Bezirksamtes ist es dann auch noch, die Bürger zur Demokratie und Toleranz zu „erziehen“. Fragen Sie bitte das Bezirksamt, woraus es den staatlichen Anspruch ableitet, seine freien und mündigen Bürger erziehen(!) zu wollen? Liegt nicht gerade hier ein fundamentales Missverständnis von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auf die wir uns als Grundlage unseres Zusammenlebens verständigt haben, vor? Ist in dieser Ordnung, in der alle Gewalt vom Volke ausgeht, nicht der Bürger ein selbstständig denkendes und handelndes, gemeinsam mit anderen Bürgern politischen Willen bildendes Subjekt, und gerade nicht ein zu „erziehendes“ Objekt staatlichen Handelns? Welche ganz unglaubliche Anmaßung steckt in diesem Anspruch? Und wenn wir schon einmal dabei sind: Wer legt denn die Erziehungsziele fest: Big Brother oder wer? Dass ein staatlicher Anspruch seine Bürger zu „erziehen“ immer und geradewegs zu autoritären, obrigkeitsstaatlichen Systemen und damit von der Demokratie wegführt, kann man ja gerade dieser Tage weltweit besichtigen. Eine Gesellschaft ist letztlich nur frei und damit der Demokratie überhaupt fähig, in der sich die staatlichen Organe des Anspruchs, die Bürger „erziehen“ zu wollen, enthalten. Das Menschenbild, das diesem Anspruch zugrunde liegt, ist letztlich mit dem Konzept einer auf die individuelle Freiheit des Menschen gegründeten – eben demokratischen – Gesellschaftsordnung unvereinbar.

So gesehen trägt das ganze Projekt einen Widerspruch in sich – und zwar schon seinem Namen nach: Demokratie -Erziehung.

Anders gewendet: Die Grundrechte des Grundgesetzes sind Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat. Ganz bewusst haben die Verfassungsväter und -mütter nach den entsetzlichen Verbrechen der Nazizeit, die uns in der Tat die Verantwortung auferlegen, immerfort wachsam zu sein, als erstes und oberstes Grundrecht festgesetzt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das bedeutet zuvörderst, dass kein Mensch zum Objekt staatlichen Handelns herabgewürdigt werden darf. Ein Staat aber, den Anspruch erhebt, seine Bürger nicht nur seinen im demokratischen Prozess beschlossenen Gesetzen zu unterwerfen, sondern weitergehend in seinem Sinne „erziehen“ zu wollen, also auf seine freie Meinungs- und Willensbildung Einfluss zu nehmen, unternimmt den ersten kleinen Schritt genau dahin.

Als freier Bürger verbitte ich mir daher ausdrücklich jederlei Bemühungen staatlicherseits, mich erziehen zu wollen. Und ich dürfte damit im Stadtteil nicht alleine sein. Wohin man schaut: lauter redliche, hart arbeitende, gestandene Menschen, die durch ihren beruflichen und privaten Einsatz täglich zeigen, dass sie diesen Staat tragen, ja ihn überhaupt erst möglich machen – und dann kommen da irgendwelche Sozialpädagogen usw, und wollen uns dabei „helfen“, was man zu denken und wie man zu leben hat und uns zum besseren Menschen „erziehen“ – dieser Anspruch ist ebenso maßlos wie aberwitzig.

4. Interreligiöser Dialog

Im Positionspapier angesprochen ist der „*interreligiöse Dialog*.“ Der soll, so der Antrag, „*weitergeführt, gestärkt und begleitet werden*.“ Nun, insoweit besteht ebenfalls kein Grund staatlicher Einflussnahme. Im freiheitlich-demokratischen Staat ist die Religionsausübung frei. Jeder soll „*nach seiner Facon selig werden*“ können (*Friedrich der Große*). Unabdingbare Voraussetzung dieser Freiheit ist allerdings, dass die Religionsgemeinschaften den Primat der staatlichen Rechtsordnung unbedingt und uneingeschränkt anerkennen und nicht anstreben, aus ihrer Religion gewonnene Rechtssätze über das staatliche Recht zu setzen. Sollte eine Religion derartige Bestrebungen haben, müsste der Staat eingreifen, weil dieses in der Tat das „*friedliche Zusammenleben*“ unmittelbar gefährden würde, denn der Konflikt mit dem Staat und anderen Religionsgemeinschaften wäre dann unausweichlich. In einem solchen Fall aber wäre die betreffende Religion kein geeigneter Partner für einen interreligiösen Dialog, sondern ein Fall für den Verfassungsschutz. Im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12. September 2019 finden sich dazu weiterführende Überlegungen, auf die beispielhaft verwiesen werden kann.

Unabhängig davon können Religionsgemeinschaften selbstverständlich in Ausübung ihrer verfassungsrechtlich geschützten Freiheit miteinander reden. Das ist aber deren alleinige Angelegenheit und nicht Angelegenheit des Staates. Der Staat muss das auch nicht „*begleiten*“. Und für diejenige wachsende Zahl von Menschen, die gar keiner Religionsgemeinschaft angehören, ist der Punkt sowieso völlig ohne Belang.

5. Maßnahmen interkulturellen Lernens

Erwähnt werden im Positionspapier „*Maßnahmen zum interkulturellen Lernen*“. Die Förderung kulturellen Lernens ist absolut begrüßenswert. Ich habe der Lawaetz-Stiftung dazu verschiedene Vorschläge gemacht. Man könnte zum Beispiel die Auseinandersetzung mit Gegenwartsliteratur aus verschiedenen Kontinenten und Kulturen befördern. Ich habe der Lawaetz-Stiftung auch ganz konkrete Vorschläge zum gemeinsamen Studium wirklich extrem spannender außereuropäischer Gegenwartsliteratur gemacht. Eine Antwort habe ich nie erhalten. Das Interesse an Kultur scheint bei der Lawaetz-Stiftung dann so ausgeprägt auch wieder nicht zu sein. Ein weiterer Vorschlag war der, ob man nicht das Beethoven Jahr 2020 zum Anlass nehmen könnte, die Befassung mit diesem Komponisten und „einsamen Revolutionär“ ([REDACTED] dem die Elbphilharmonie aus diesem Anlass ein gigantisches Fest widmet, in die Fläche zu tragen, und dazu vielleicht auch im Bezirk etwas zu veranstalten, verbunden mit dem persönlichen Angebot, einen Vortrag über Beethoven z.B. in den der Lawaetz-Stiftung schließlich gehörenden Räumlichkeiten in der Roten Flora zu halten. Immerhin gibt es Bezüge nach Hamburg. Das „Heiligenstädter Testament“ befindet sich in der Staats- und Universitätsbibliothek und Beethoven hatte über seinen Lehrer Neefe Verbindungen zum „Hamburger Bach“ Philipp Emanuel Bach. Und Beethovens Verständnis vom freien, selbstbestimmten Menschen ist auch im Sinne der doch wohl angestrebten Demokratieförderung immer noch hochaktuell. Auch hierzu habe ich von der Lawaetz-Stiftung nie eine Antwort erhalten. Daraus schließe ich, dass die Lawaetz-Stiftung an Kultur und kulturellem Lernen völlig uninteressiert ist. Daraus schließe ich auch, dass die Lawaetz-Stiftung an den Menschen des Stadtteils und damit, womit sich diese kulturell vielleicht so beschäftigen letztlich überhaupt kein Interesse hat. Die Frage an die Lawaetz-Stiftung wäre vor diesem Hintergrund also auch hier: Was um Himmels willen will sie bei und von uns Bürgern des Stadtteils?

6. Perspektivwechsel

Im Antrag heißt es: „*Auch die Umsetzung des Perspektivwechsels über verschiedene Methoden und Beteiligungsformate ist ein Schwerpunkt.*“ Das ist nun vollkommen unverständlich. Ich habe die Lawaetz-Stiftung gefragt, welche Perspektive sie den Rissener Bürgern als bestehend unterstellt, welches Gegenstand und Inhalt einer gewechselten Perspektive wäre, und warum die Lawaetz-Stiftung der Meinung ist, die Rissener Bürger hätten eine – angenommene – Perspektive zu wechseln. Ich habe nie eine Antwort erhalten. Bevor teures Steuergeld in eine derart unklare Projektbeschreibung investiert wird, sollte doch wenigstens hierin Klarheit bestehen. Bitte fragen Sie also das Bezirksamt, weil der Punkt ausweislich des Antrags ja ein „Schwerpunkt“ der mit den beantragten Mitteln zu fördernden Bemühungen sein soll:

- Was ist Gegenstand und Inhalt der angenommenen bestehenden Perspektive?
- Was ist Gegenstand und Inhalt der Perspektive in die gewechselt werden soll?
- Warum sollten Bürger ihre Perspektive wechseln?
- Wie verträgt es sich mit der ebenfalls angestrebten Erziehung der Bürger zur Demokratie und Toleranz, dass Bürger dazu gebracht werden sollen, eine bestimmte Perspektive einzunehmen?

- Ist das Wesen von Demokratie und Toleranz nicht gerade das Vorhandensein und die gegenseitige Achtung unterschiedlicher Perspektiven?

7. Ehrenamtliches Engagement

Dann geht es in dem Antrag um eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements. Wieder ergibt sich die Frage: wann hat das Bezirksamt auf welche Weise festgestellt, dass eine solche Stärkung erforderlich ist, und es dafür gerade des Einsatzes von Mitarbeitern der Lawaetz-Stiftung bedarf? Wir haben hier eine unglaubliche Breite ehrenamtlichen Wirkens: Die Volksspielbühne, den Sportverein, die Blumengruppe, die den Ortskern verschönert, den NABU, die Feuerwehr und, und, und. So etwas ist Jahrzehnte gewachsen und findet sich ganz basisdemokratisch von selbst. Die Bürger haben bewiesen, dass sie als mündige Bürger selbstständig ohne staatliche Betreuung eigeninitiativ ehrenamtlich tätig werden können und es auch tun. Direkte finanzielle Förderung nehmen diese Vereine und Initiativen sicher immer gerne. Aber darum scheint es nicht zu gehen: Bitte fragen Sie das Bezirksamt: Warum bedarf es in Rissen, anders als in anderen Stadtteilen einer gezielten staatlichen Einflussnahme auf diese Aktivitäten, indem staatlich finanzierte Einrichtungen auf diese zu deren Steuerung angesetzt werden?

Man könnte immer weiter fragen, aber damit will ich es erst einmal bewenden lassen. Es wäre wünschenswert, wenn der Ausschuss einen Weg finden würde, sich darüber, ob die Maßnahme überhaupt erforderlich ist, mit dem Bezirksamt auseinanderzusetzen. Wie gesagt, es gibt im Bezirk viele soziale Projekte, für die die hart erarbeiteten, kostbaren Steuermittel vielleicht viel sinnvoller eingesetzt werden könnten.

Ich behalte mir vor, diese Fragen in der öffentlichen Fragestunde selbst zu stellen, und kündige das hiermit an.

Mit freundlichen Grüßen

